



Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

21. September 2015

Seite 1 von 1

An die
Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40190 Düsseldorf



Aktenzeichen 221-0310-15
bei Antwort bitte angeben

LMR in Springenberg-Eich
Telefon 0211 837-4200
Telefax 0211 837-4212
maria.springenberg-
eich@mfkjks.nrw.de

Sitzung des Hauptausschusses des Landtags NRW am 24.09.2015
Bericht der Landesregierung zu TOP
hier: Schriftlicher Bericht zum Haushalt 2016 der Landeszentrale für politi-
sche Bildung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anbei übersende ich den Bericht des MFKJKS zum o. g. Thema für die
nächste Sitzung des Hauptausschusses am 24.09.2015.

Ich bitte Sie, den beigefügten Bericht zur Information an die Mitglieder des
Hauptausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Schäfer
Ute Schäfer

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mfkjks.nrw.de
www.mfkjks.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
704, 709, 719
Haltestelle Poststraße

Bericht zum Haushalt 2016

Landeszentrale für politische Bildung

Der Entwurf für den Haushalt 2016 der Landeszentrale beläuft sich auf 9.918.900 EUR. Er ist aufgrund der ausgelaufenen Zuführung an die Auschwitz-Birkenau-Stiftung (1,3 Mio. EUR in 2015) und der teilweisen Auflösung der globalen Minderausgaben um ca. 1,4 Mio. € kleiner als im laufenden Haushaltsjahr.

Die Etat-Ansätze der Landeszentrale stellen sich im Überblick wie folgt dar:

	Haushaltsstelle (Kapitel 07070)	2016 (in EUR)	2015 (in EUR)
Sachmittel (hiervon dienen 100.000 EUR der verstärkten Aufklärungsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus durch die Projektgruppe; 2015: 200.000 EUR.)	Titel 534 10	1.401.500	1.705.000
Gustav-Heinemann Friedenspreis	Titel 534 20	29.700	29.700
Zuschüsse für parteinahe Stiftungen	Titel 684 10	1.784.500	1.784.500
Zuschüsse für Einrichtungen	Titel 684 20	2.609.700	2.609.700
Sonstige Zuschüsse	Titel 684 21	48.300	48.300
Kulturpflege der Vertriebenen	Titelgruppe 63	2.012.000	2.012.000
Gedenkstättenarbeit, Erinnerungskultur	Titel 684 80	983.200	983.200
Zuführung Stiftung Auschwitz-Birkenau	Titel 699 80	-	1.300.000
Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie gegen Salafismus (Projektgruppe Handlungskonzept)	Titel 684 22	1.050.000	850.000
	Insgesamt:	9.918.900	11.322.400
	Davon zur Verfügung für die Landeszentrale:	8.768.900	10.272.400

Für die Arbeit der Landeszentrale stehen in 2016 insgesamt knapp 8,8 Mio. EUR zur Verfügung (2015: knapp 10,3 Mio. €).

- A) Die Sachmittel (u.a. für eigene Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuelle Medien) werden um ca. 300.000 EUR reduziert (von 1.705.000 EUR auf 1.401.500 EUR). Davon entfallen 203.500 EUR auf die Auflösung der Globalen Minderausgabe. 100.000 EUR werden zur dauerhaften Einrichtungen von Stellen bei der Projektgruppe „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie gegen Salafismus“ eingesetzt (2015 waren es 200.000 EUR).
- B) Den größten Ansatz des Haushalts hat mit ca. 2,6 Mio. EUR die Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung (unverändert gegenüber 2015).
- Auch die Ansätze für die folgenden Zwecke sind gegenüber dem Jahr 2015 unverändert geblieben:
- Kulturpflege der Vertriebenen (2.012.000 EUR),
 - Zuschüsse für parteinahe Stiftungen (1.784.500 EUR),
 - Projekte in der Gedenkstättenarbeit bzw. Erinnerungskultur (983.200 EUR),
 - Sonstige Zuschüsse (48.300 EUR),
 - Gustav-Heinemann-Friedenspreis (29.700 EUR).
- C) Die Zuführung an die Auschwitz-Birkenau-Stiftung entfällt ab dem Jahr 2016. Der angestrebte Kapitalstock in Höhe von 30 Mio. € wurde erreicht.
- D) Der Projektgruppe „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ werden Haushaltsmittel in Höhe von rd. 1,15 Mio. EUR zur Verfügung stehen (im Saldo 100.000 EUR mehr als in 2015).

Die Projektgruppe kann die Mittel für folgende Zwecke verwenden:

- Beratungsleistungen und Aufklärungsarbeiten gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Rahmen eines integrierten Handlungskonzepts (wie 2015),
- Beratungsleistungen und Angebote zur Aufklärung über Salafismus (neu).

Hinweis: Zwar werden die auf die Projektgruppe entfallenden Sachmittel (Titel 534 10) von 200.000 EUR auf 100.000 EUR reduziert (Begründung s. oben). Daneben werden zusätzliche Mittel bei Titel 684 22 in Höhe von 200.000 EUR – für Maßnahmen zur Prävention von politischem oder djihadistischem Salafismus – eingestellt.

Inhaltliche Vorhaben im Überblick

„Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“ (Oskar Negt). Die Landeszentrale für politische Bildung NRW leistet unter der Überschrift „demokratie leben“ dazu ihren Beitrag. Sie will die Bürgerinnen und Bürger in ihrer politischen und ehrenamtlichen Teilhabe unterstützen und ermutigen. Sie möchte „Lust machen auf Demokratie“.

In 2016 wird das Landesjubiläum eine besondere Rolle spielen. Die Auseinandersetzung mit einem aufgeklärten Heimat-Begriff soll einen weiteren Beitrag zur Überwindung von Unsicherheiten leisten.

Orientiert an den Leitsätzen

- Demokratie- und Medienkompetenz stärken
- Europäisches Geschichtsverständnis fördern

stellt sich die Landeszentrale diesen Aufgaben in den nachfolgenden Handlungsfeldern mit den im Anschluss erläuterten Projekten:

- Politische Partizipation und Wahlen, Demokratie- und Medienkompetenz, religiöser Fundamentalismus, Salafismus
- Europäische Integration, Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit, Kulturpflege der Vertriebenen
- Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Zuwanderung und Integration
- Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung

Diese Herausforderungen geht die Landeszentrale an. Sie tut dies mit einem vielfältigen Angebot von Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuellen Medien, einschließlich eines modernisierten Internetangebots. Darüber hinaus fördert sie Aktivitäten freier Träger.

Und sie tut dies mit Erfolg: 70.000 Printmedienkunden, jährlich rd. 43 Einrichtungen der politischen Bildung mit rd. 8.000 Veranstaltungen und rd. 180.000 Teilnehmer/innen sowie 25 geförderte Gedenkstätten gibt es in Nordrhein-Westfalen. Ein eigener YouTube-Kanal bietet Zuschauerinnen und Zuschauern fast aller Altersgruppen Webvideos zu aktuellen und historischen Themen.

Erläuterungen zu den Handlungsfeldern

I. Jubiläum des Landes NRW – Jubiläum der Landeszentrale für politische Bildung NRW

70 Jahre NRW sind die Gelegenheit, sich der Entwicklungen und Veränderungen zu vergewissern, aber auch seiner selbst.

TwHistory-Projekt @23Aug46NRW

Das TwHistory-Projekt @23Aug46 begleitet die Monate vor und nach der Landesgründung. Medium der Wahl ist hier der Kurznachrichtendienst Twitter, über den mit Kurztexen über zeitgeschichtliche Ereignisse des Jahres 1946 informiert wird - jeweils exakt 70 Jahre, nachdem sie passiert sind. Bilder, Videos und Links ergänzen die Kurztexen, eine zugehörige Website hält ergänzende Informationen bereit. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Universität Düsseldorf realisiert.

Video „70 Jahre Land NRW - 70 Jahre Demokratie in NRW“

Das geplante Video soll anhand von Schlaglichtern die Geschichte des Landes und der Demokratie in Nordrhein-Westfalen zeigen. Es wird historische Bilder mit moderner, animierter Grafik kombinieren. Das Video wird eine Länge von ca. sieben Minuten haben und für unterschiedliche Einsatzzwecke on- und offline geeignet sein

Video-Botschaften zum Jubiläum der Landeszentrale

Zum 70-jährigen Bestehen der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen nehmen Prominente Stellung – per Video-Botschaft. Sie stammen aus den Bereichen Politik, Bildung und Medien. Angedacht sind: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Ministerin Ute Schäfer, Politikwissenschaftler Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte, Geschichtswissenschaftler Prof. Dr. Christoph Nonn sowie weitere Persönlichkeiten. Die endgültige Auswahl und die Anzahl stehen noch nicht fest.

Ein Mini-Game

Das Mini-Game¹ basiert auf einem Quiz zur Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens. Alle Fragen des historischen Quiz lassen sich mit einer kurzen Recherche im hauseigenen Geschichts-Angebot www.geschichte.nrw.de beantworten.

Relaunch [geschichte.nrw.de](http://www.geschichte.nrw.de)

Das Geschichtsangebot www.geschichte.nrw.de soll zum Landesjubiläum erweitert werden und in einem neugestalteten responsiven² Layout erscheinen.

„70 Jahre politische Bildung in NRW – Herausforderungen für die politische Bildung heute“

70 Jahre NRW sind auch 70 Jahre Landeszentrale für politische Bildung. Aus diesem Anlass ist eine Veranstaltung geplant, die die aktuellen Aufgaben der politischen Bildung in den Mittelpunkt stellt.

Das Landesjubiläum wird darüber hinaus durch Bücher und Give Away's begleitet:

- Nonn, Geschichte Nordrhein-Westfalens, München 2015
- Ulrich von Alemann, Politische Landeskunde Nordrhein-Westfalen (Neuaufgabe), Stuttgart 2016
- Haentjes-Holländer, NRW-Kindergeschichte, Köln 2016
- Steininger, Ein neues Land an Rhein und Ruhr, Stuttgart 2016 (evtl. Neuaufgabe)
- Kinderkarte NRW, Köln 2016
- NRW-Memory, Düsseldorf 2016

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Minispiel>

² https://de.wikipedia.org/wiki/Responsive_Webdesign

II. **Politische Partizipation und Wahlen, Demokratie- und Medienkompetenz, religiöser Fundamentalismus, Salafismus**

Zentrales Ziel ist die Förderung der demokratischen Teilhabe und Beteiligung an Entscheidungsprozessen – gerade im Hinblick auf die so genannten politikfernen Zielgruppen. Darüber hinaus soll präventiv dem Abgleiten in politischen und religiösen Fundamentalismus und Extremismus entgegengewirkt werden.

Jugend partizipiert

Aufgrund der bisherigen Erfolge des Modellprojekts „Jugend für Politik gewinnen“ baut die Landeszentrale für politische Bildung NRW das Projekt im Schuljahr 2015/2016 weiter aus.

Im Projekt „Jugend partizipiert“ lernen Jugendliche das demokratische System nicht nur formal, sondern als Teil ihrer eigenen Lebenswelt kennen. Sie setzen sich im Team mit selbst gewählten Themen auseinander und lernen, eigene Interessen zu formulieren und ihre Partizipationsmöglichkeiten entsprechend zu nutzen, um ihr direktes Lebensumfeld mitzugestalten. Die intensive Auseinandersetzung mit Mandatsträgern soll dazu führen, dass Jugendliche zu fundierten Einschätzungen über Politik und die sie ausübenden Menschen kommen. Dazu müssen Jugendliche aber Gelegenheit haben, sich offen, längerfristig und wenig ritualisiert mit Politikerinnen und Politikern über konkrete Themen und mögliche Problemlösungen auseinanderzusetzen. Jugendliche erkennen so eher die Relevanz der Politik für ihr eigenes Leben.

Sieben Bildungsträger der politischen Bildung arbeiten mit Kooperationsschulen in ihrer Region zusammen und haben einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus Fördermitteln des ESF aus der Förderphase 2014 – 2020 bei der jeweils zuständigen Bezirksregierung gestellt, die nach aktuellem Stand alle bewilligt wurden. Die Landeszentrale beteiligt sich an der Finanzierung der Einzelprojekte flankierend in der Regel maximal in gleicher Höhe wie die Förderung aus dem ESF. Seitens der Träger ist auch ein Eigenanteil nachzuweisen. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet.

Demokratiekompetenz als Ressource der Quartiersentwicklung

Mit dem Programm „Starke Quartiere – starke Menschen“ versucht die Landespolitik, quartiersbezogene Defizite zu reduzieren und gleichzeitig die im Quartier vorhandenen Potenziale zu heben. Quartiersentwicklung kann bei einer klugen Kombination aus baulichen, stadtplanerischen, sozialen und Bildungsmaßnahmen gelingen. Die kombinierten Projekte werden mit Blick auf Präventionsketten qualifiziert und in einem Integrierten Handlungskonzept zusammengefasst.

Bekannt ist, dass Quartiere mit belasteter Nachbarschaft auch die Quartiere mit niedriger Wahlbeteiligung und weniger Partizipation sind. Die Gefahr, dass sich aus prekären Lebenslagen auch eine prekäre Lage für die Demokratie ergeben kann, ist längst erkannt und an vielen Stellen real.

Die Landeszentrale will in 2016 in ausgewählten Quartieren und in Zusammenarbeit mit Trägern vor Ort politische Bildung ermöglichen (z.B. in Form von Demokratiewerkstätten). Wir wollen zeigen, dass Demokratieförderung und –kompetenz eine Ressource für Quartiersentwicklung ist.

Die Arbeit im Quartier wird wissenschaftlich begleitet und ausgewertet.

Demokratie konkret! Stärkung der Demokratiekompetenz von Jugendlichen

Das von der Landeszentrale für politische Bildung entwickelte Angebot „Demokratie konkret! Bildungsbausteine zur Demokratiekompetenz“ wurde im Schuljahr 2015/2016 in das staatliche Lehrerfortbildungsprogramm „Schulkultur entwickeln – Demokratie gestalten“ als ein Feld der unterrichtlichen Verankerung von Demokratielernen übernommen. In 2016 erhalten Schulen, die grundsätzlich am Bildungsprogramm interessiert sind, die Möglichkeit, einzelne Projekttag zu den Themen Toleranz, Konflikt, Demokratie als Lebensform und demokratische Entscheidungsfindung zu buchen. Das Angebot flankiert das fächerübergreifende Angebot von Schulen im Bereich Schulkultur und demokratische Gestaltung. Mit diesem Vorgehen wird gewährleistet, dass Demokratiekompetenz im Schulalltag nachhaltig verankert werden kann.

Politische Teilhabe von Menschen mit ausländischem Pass stärken

Integration findet in erster Linie in der Kommune statt. Hierfür sind kommunalpolitische Konzepte notwendig, um Integration auch zu ermöglichen. Wichtige kommunalpolitische Akteure sind die Mitglieder des Integrationsrats. Viele Mitglieder verfügen nur bedingt über langjährige kommunalpolitische Erfahrungen. Für die Arbeit ist es jedoch außerordentlich wichtig, dass sich der Integrationsrat in die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse kompetent und zielführend einbringt. Daher hat die Landeszentrale gemeinsam mit dem Landesintegrationsrat NRW, dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW und dem Integrationsministerium die Reihe „Die Politik in unserer Stadt mitgestalten – Qualifizierungsreihe für die neuen Integrationsräte“ entwickelt. Die Reihe besteht aus einem Basismodul und einem Vertiefungsmodul. Sie wurde Ende 2015 in einigen Kommunen gestartet und wird 2016 fortgeführt.

Wahl-O-Mat

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) werden in 2016 die Vorarbeiten für einen (mobilen) Wahl-O-Mat zur Landtagswahl 2017 beginnen. Wir wollen damit insbesondere jüngeren Wählerinnen und Wählern einen attraktiven und niederschweligen Zugang zu den landespolitischen Themen verschaffen und sie so anregen, der Landespolitik und der Landtagswahl eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Partizipation und Open Data in NRW

Um die Bürgerbeteiligung in NRW zu optimieren und die Zukunftsfähigkeit des Landes zu gewährleisten, hat die Landesregierung 2015 eine Open Data Initiative gestartet. In diesem inhaltlichen Kontext soll eine dreiteilige Mini-Serie von multimedialen Reportagen realisiert werden, die herausragende Open-Data-Projekte vorstellt. Der erste Beitrag der Serie startet bereits im Oktober 2015. Hier werden sich folgende NRW-Initiativen präsentieren:

- der „Makers Space“ der Stadtbibliothek Köln, eine vom Land geförderte Einrichtung
- das Open-Data-Schulprojekt des Adolfinum Gymnasiums, Moers
- das OK-Lab (Open Knowledge Lab), Köln
- und das Webportal der Landesregierung open.nrw.de

Big Data

Zum Thema „Big Data im Alltag“ ist ein Serious Game³ geplant. Es soll einer internet- und gameaffinen Zielgruppe im Alter ab 18 Jahren die Problematik des fortwährenden Datensammelns durch die Nutzung vernetzter digitaler Geräte verdeutlichen. Das Serious Game soll mit einer Begleitbroschüre versehen werden, die den Einsatz des Spiels in der Erwachsenenbildung ermöglicht.

Informationsreihe: Zwischen Islam und Islamismus!?

Aufgrund der hohen Resonanz und des nach wie vor bestehenden Bedarfs insbesondere bei pädagogischen Fachkräften wird die „Informationsreihe: Zwischen Islam und Islamismus!? Lebenswelten junger Musliminnen und Muslime“ weiterentwickelt und fortgeführt. Neben der Analyse der Lebenswelten von muslimischen Jugendlichen in Deutschland stehen pädagogische Interventionsmöglichkeiten für den Umgang von Lehrkräften bei Jugendlichen, die gefährdet sind, von insbesondere gewaltbereiten Salafisten gewonnen zu werden, im Vordergrund der Veranstaltungen.

Imame und Dialogbeauftragte werden Demokratiebotschafterinnen und -botschafter

Die weiterentwickelte Reihe „Imame und Dialogbeauftragte werden Demokratiebotschafter“ wird im Frühjahr 2016 gestartet und insbesondere muslimischen Vertretern aus den Kommunen, die am Landesprogramm „Wegweiser“ beteiligt sind, angeboten. Die Qualifizierungsreihe wird aus sechs Fortbildungsmodulen zu den Themen „Demokratie und Menschenrechte“, „Extremismus im Netz“, „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“, „Öffnung der Moscheegemeinden und Vernetzung im Stadtteil“ bestehen.

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Serious_Game

III. Europäische Integration, Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit, Kulturpflege der Vertriebenen

Europa steht vor großen Herausforderungen. Um dem Projekt Europa weiterhin seine Faszination zu erhalten, müssen Abläufe und Hintergründe dargestellt und erklärt werden. Darüber hinaus gilt es, die besonderen europäischen Erfahrungen der letzten 100 Jahre als Mahnung und als zu hebenden Erinnerungsschatz zu beleuchten.

Festung Europa?

Tausende Flüchtlinge versuchen in Europa Schutz zu finden. Viele Menschen kommen dabei vor den Toren zu Europa ums Leben, sie ertrinken im Mittelmeer. Immer mehr wird diskutiert, wie Europa mit Flüchtlingen umgeht. Häufig fehlen in diesem Zusammenhang insbesondere bei jungen Menschen Kenntnisse über die europäischen Entscheidungsprozesse. Daher hat die Landeszentrale das Planspiel „Festung Europa?“ für Schülerinnen und Schüler ab der 10. Klasse aufgelegt. Das Planspiel stellt eine Sitzung des Europäischen Rats nach, bei der über eine gemeinsame Politik zur Flüchtlingsproblematik entschieden werden soll. Das Planspiel wird aufgrund der Aktualität 2016 weiter angeboten.

Ein neu aufgelegtes Europa-Puzzle (Berlin 2015) dient als Unterstützung für die Bildungsarbeit.

Sicherung und Weiterentwicklung des neuen Konzepts der Gedenkstättenförderung

Die Erfahrungen mit dem neuen Förderkonzept sollen für die Entwicklung von Förderrichtlinien bzw. -grundsätzen der Gedenkstättenförderung ausgewertet werden.

Es soll geprüft werden, ob Grundprinzipien der „verlässlichen Projektförderung“ als jährliche Grundförderung für Gedenkstätten auch auf ehrenamtlich geführte NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorte übertragen werden können.

Praxisorientierte Ausgestaltung der Kooperation der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen mit Yad Vashem in Israel

Im Rahmen der „Gemeinsamen Absichtserklärung zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen,

Bundesrepublik Deutschland, und Yad Vashem, der Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum, Israel“ findet Ende 2015 eine Delegationsreise des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorte in NRW nach Israel statt. Die Landeszentrale unterstützt die Gedenkstätten in NRW, die Ergebnisse der Reise in die Praxis umzusetzen, z.B. bei der Ausweitung der „Yad Vashem Lectures“ an Gedenkstätten in NRW und beim Einbezug neuer Forschungsergebnisse der Arbeitskreismitglieder zum Schicksal deportierter jüdischer Bürger aus dem Rheinland und Westfalen in die Arbeit von Yad Vashem.

„Europäisieren des Erinnerns“

Im Anschluss an die Zusammenarbeit mit niederländischen Partnern (Nationaal Comité 4 en 5 mei u.a.) aus Anlass „70 Jahre Kriegsende“ in 2015 sollen mit einer gemeinsamen Arbeitstagung in Düsseldorf (17.-19. Feb. 2016) Erfahrungen ausgewertet und unter Einbezug weiterer europäischer Partner die Zusammenarbeit verstetigt werden.

Kulturpflege der Vertriebenen

Der Landtag hat beschlossen (Drucksache 16/5304), dass die Landesregierung sich aktiv an der Erarbeitung neuer Konzepte zum weiteren Umgang mit den Themen "Kulturpflege der Vertriebenen" sowie "Flucht und Vertreibung" beteiligen soll. Dabei sind sowohl die Phänomene von Vertreibung und Flucht im zwanzigsten Jahrhundert als auch die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Formen von Vertreibung und Flucht zu betrachten.

Die Umsetzung dieses Auftrags wird in Zusammenarbeit mit den am Prozess beteiligten Institutionen in NRW erfolgen.

IV. Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Zuwanderung und Integration

„Angst fressen Seele auf“. Ängste – aus Unkenntnis – sind unverändert die zentrale Quelle von Fremdenfeindlichkeit. Rassismus in allen Ausprägungen und politischer Rechtsextremismus sind die Folge. Zuwanderung wird nicht als Bereicherung erkannt, Integration ist gefährdet.

Antiziganismus gegensteuern

Antiziganismus ist kein neues Phänomen, sondern historisch gewachsen. Vor dem Hintergrund der Zuwanderung aus Südosteuropa gewinnt auch der Antiziganismus eine neue Dimension. Die Landeszentrale hat hierzu in Kooperation mit Akteuren der Zivilgesellschaft ein Konzept zur Behandlung der Thematik in der Öffentlichkeit und in der Schule entwickelt. Die Umsetzung des Programms erfolgt 2016.

Antisemitismus

Auch im 21. Jahrhundert ist der Antisemitismus in Deutschland immer noch weit verbreitet. Er hat viele Gesichter und ist in allen gesellschaftlichen Gruppen anzutreffen. Besonders virulent ist derzeit der sekundäre Antisemitismus. Alarmierend ist die hohe Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten. Vor diesem Hintergrund hat die Landeszentrale Projektstage „Alles Hitler, oder was?! Aktueller Antisemitismus in Deutschland“ entwickeln lassen für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Jahrgangsstufe. Das Angebot wird 2016 fortgeführt.

Bekämpfung des Rechtsextremismus

Von der Landeszentrale geförderte Träger der politischen Bildung widmen sich in großem Umfang der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Alle Projekte der Landeszentrale, insbesondere im Bereich der Demokratieförderung in Zusammenarbeit mit freien Trägern und den Schulen, haben zum Ziel, einen Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu leisten. Die Angebote im Medienbereich haben ebenfalls hier ihren besonderen Fokus. Als Neuigkeit bei den Publikationen der Landeszentrale sei in diesem Zusammenhang beispielhaft auf Virchow u.a., Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2015, hingewiesen.

Im Übrigen verweisen wir auf die Projektgruppe zur Erarbeitung eines Integrierten Handlungskonzeptes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und die dort erläuterten Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

V. Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung.

Die Landeszentrale fördert Einrichtungen der politischen Bildung. Hierzu zählen parteinahe Stiftungen, gewerkschaftliche und kirchliche Einrichtungen sowie Einrichtungen von Bürgerbewegungen und Initiativen.

Empfänger der Zuwendungen sind Träger von Einrichtungen, die nach dem Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen anerkannt sind und - bezogen auf die Bildungsleistung (Teilnehmertage, Unterrichtsstunden) - zu mindestens 75 % politische Bildungsmaßnahmen durchführen. Darüber hinaus müssen sich in den geförderten Einrichtungen mindestens 70% der Veranstaltungen der politischen Bildung auf gesellschaftliche Kernfelder beziehen.

Damit will die Landeszentrale die demokratische Kultur im Land stärken und die Bürgerinnen und Bürger in ihrer politischen und ehrenamtlichen Teilhabe unterstützen. Die im Jahr 2014 geförderten 43 Einrichtungen der politischen Bildung haben rd. 7.800 Veranstaltungen mit rd. 178.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Darüber hinaus gewährt die Landeszentrale Zuwendungen zu den Personalausgaben für den Referenten für politische Bildung beim Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen. Der Landesverband kann so eine wichtige Schnittstellen- und Multiplikatorenfunktion in der politischen Bildung übernehmen und landespolitisch bedeutende Projekte über die Volkshochschulen regional verankern. Dadurch kann der Landesverband der politischen Bildungsarbeit der Volkshochschulen neue inhaltliche und methodische Impulse geben.

.....
Integriertes Handlungskonzept/Projektgruppe

Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Im Hinblick auf die Erarbeitung eines Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus werden unter anderem die Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen unter dem Dach der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus verstärkt.

Mit den etatisierten Mitteln werden die beiden Opferberatungsstellen und die fünf Mobilberatungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in den fünf Regierungsbezirken finanziert.

Rechtsextremismusprävention und die Umsetzung des derzeit in der Entwicklung befindlichen integrierten Handlungskonzeptes sind dauerhafte Aufgaben. Infolgedessen sieht die Landesregierung vor, 4 Stellen im Bereich der Projektgruppe und der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus dauerhaft einzurichten, um den Anforderungen gerecht zu werden. Damit ist auch sichergestellt, dass das im Jahr 2016 vorliegende integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus koordiniert und umgesetzt werden kann.

Mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von 200.000 € sollen, auch in Verbindung mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben“, Maßnahmen zur Prävention von politischem oder djihadistischem Salafismus entwickelt bzw. koordiniert sowie Aufklärungs- und Präventionsarbeit geleistet werden. Bereits in diesem Jahr startet ein Modellprojekt aus Bundesmitteln mit dem Ziel, die Strukturen vor Ort für eine Auseinandersetzung mit der Problematik des gewaltbereiten Salafismus zu sensibilisieren, zu qualifizieren und zu vernetzen. Ab 2016 sind weitere Maßnahmen auch mit landesspezifischer Ausrichtung geplant.